

Eine Zukunft für die Vielen

Der Plan der Arbeiterkammer Wien für den sozialen und ökologischen Umbau



WIEN

Lust auf mehr?

Grundlage dieser Broschüre ist der soziale und ökologische Umbauplan der Arbeiterkammer Wien, der im Juni 2024 erstmals veröffentlicht wurde. Er ist das Ergebnis einer breit angelegten Diskussion zwischen Arbeiterkammern, Gewerkschaften und gewählten Vertreter:innen der Beschäftigten. 40 Expert:innen haben daran mitgeschrieben, 300 Diskussionsbeiträge sind eingeflossen.



Langfassung
der Broschüre im
e-Medien Portal
der AK



Broschüre im
e-Medien Portal
der AK

Impressum:

Herausgeberin und Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Telefon: (01) 501 65-0.

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Offenlegung gem. § 25 MedienG siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum.

Layout und Grafik: Very Nice Studio, www.verynice.studio

Druck: AK Wien

ISBN: 978-3-7063-1058-1

© 2024 AK Wien

Creative Commons CC BY-SA 

Der Textteil dieses Werks steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-SA 4.0 AT zur Verfügung:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Die Illustrationen sind davon ausgenommen.

Bei Verwendung von Textteilen wird um Zusendung von Belegexemplaren an die AK Wien / Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr und Abteilung Sozialpolitik ersucht.



Was es zu gewinnen gibt

Hitze am Bau oder im Spital, Waldbrände und Überschwemmungen: Die Klimakrise ist bei uns angekommen. Sie betrifft die arbeitenden Menschen mehrfach: Für die einen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen, die anderen freuen sich über eine große Nachfrage nach ihren Kompetenzen. Und alle denken natürlich an die Zukunft – ihre eigene und die ihrer Kinder und Enkel:innen. Allen ist klar: Damit wir morgen gut leben können, muss sich vieles ändern.

Wovon die Menschen aber genug haben, ist eine Klimapolitik des erhobenen Zeigefingers. Wir sollen verzichten, während die Reichen weitermachen wie bisher? Das ist der falsche Weg. Wir brauchen einen sozialen und ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft, der unsere Lebensgrundlagen schützt und dabei das Leben der Arbeitenden verbessert. Dieser Umbau betrifft viele Lebensbereiche: Wir müssen Gebäude sanieren und erneuerbare Energien ausbauen, Industrie und Landwirtschaft auf ökologische Produktion umstellen, den öffentlichen Verkehr ausbauen, den Sozialstaat und die öffentliche Grundversorgung stärken. Auch all das betrifft die arbeitenden Menschen. Es gibt viel zu tun, neue Berufe entstehen. Wenn anderswo Arbeit wegfällt, dürfen die Menschen nicht zurückbleiben.

Die Arbeiter:innenbewegung war immer erfolgreich, wenn sie ein klares Bild von der Zukunft hatte und die



© Foto: Sebastian Philipp

Menschen dafür begeistern konnte. Diese Broschüre und der dahinterstehende Umbauplan zeichnen ein solches Bild. Wir sagen nicht nur, was zu tun ist, sondern auch, was es zu gewinnen gibt. Zu jedem Bereich nennen wir drei Maßnahmen als „Einstiegsprojekte“ in den Umbau. Sie zeigen: Die nötigen Veränderungen können auch im Interesse der arbeitenden Menschen gestaltet werden.

All das ist natürlich nicht abgeschlossen. Jeder Schritt in die richtige Richtung wird neues Wissen und neue Erfahrungen bringen. In diesem Sinne ist unser Plan nicht das Ende, sondern der Anfang der Arbeit an einer Zukunft für die Vielen.

Renate Anderl ist Präsidentin der Arbeiterkammer Wien

Die Werkzeuge für den Umbau

Von Energie bis Landwirtschaft, von Bildung bis Verkehr: Die Herausforderungen des sozialen und ökologischen Umbaus sind vielfältig. Doch diese Werkzeuge sind in jedem Bereich gefragt.

Öffentlich investieren

Ob Schienen, Stromnetze oder Spitalsgebäude: Wir müssen unsere Infrastruktur klimafit machen und so ausbauen, dass sie den Menschen ein klimafreundliches Leben ermöglicht. Vieles davon kann nur die öffentliche Hand leisten. Die nötigen Investitionen sind groß – bieten aber auch ein enormes Potenzial an guten Arbeitsplätzen.

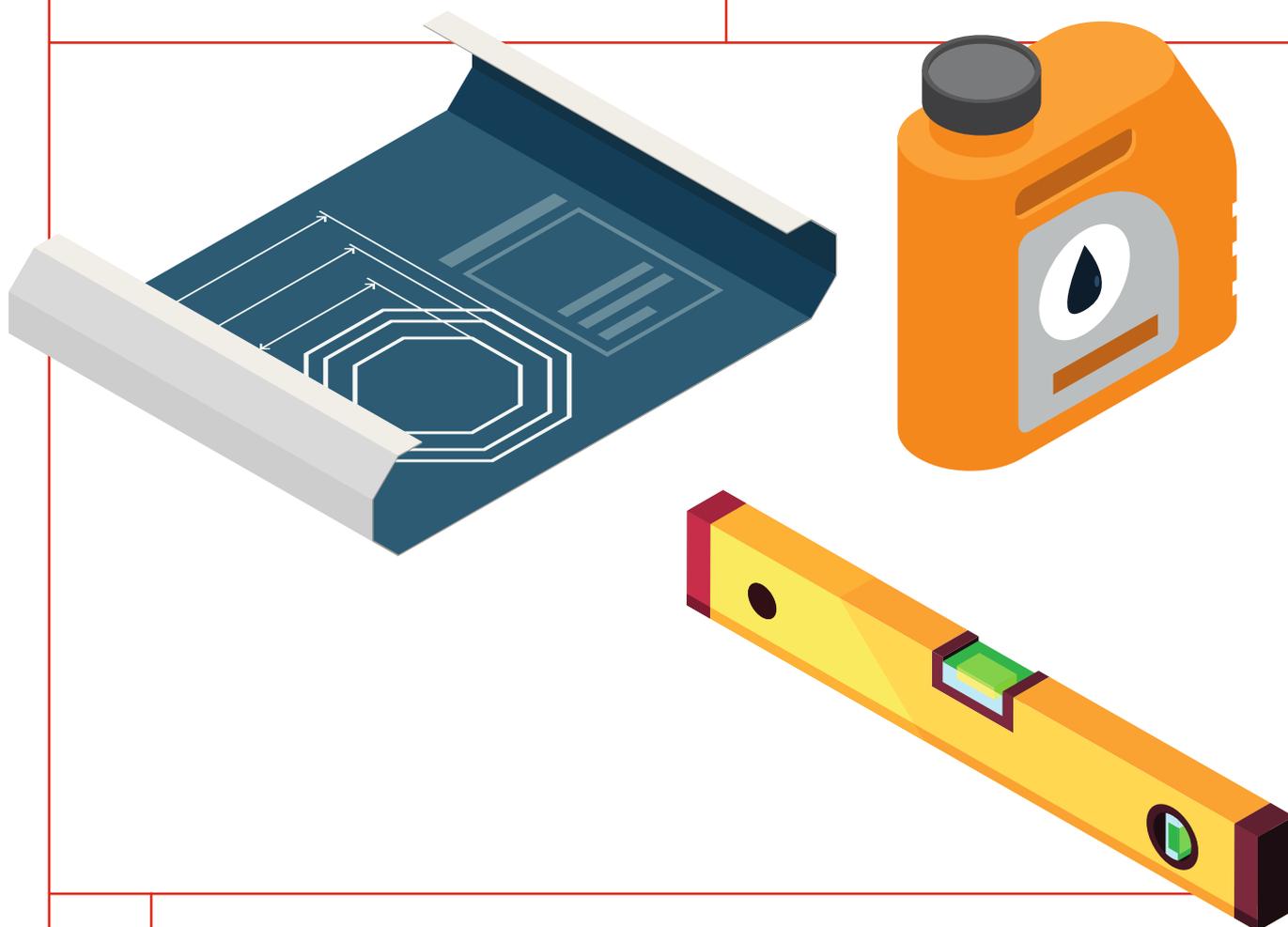
Aktiv planen

Der soziale und ökologische Umbau muss alle mitnehmen, deshalb dürfen wir ihn nicht dem Markt überlassen. Wir brauchen eine planende Wirtschaftspolitik

mit vorausschauender Gesamtstrategie. Sie muss regionale Besonderheiten berücksichtigen: In einem Industriegebiet sind die Herausforderungen andere als in einer Tourismusregion.

Schiefen korrigieren

Die Klimakrise ist von einer dreifachen Ungerechtigkeit geprägt: Erstens verursacht das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung doppelt so viel Emissionen wie die ärmeren 50 % zusammen. Zweitens leiden diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise können, am meisten darunter; sie können sich vor den Folgen kaum schützen. Drittens ist das Vermögen, das für die Krisenbekämpfung nötig ist, ungleich verteilt: Die reichsten 10 % besitzen drei Viertel. Der soziale und ökologische Umbau kann nur gelingen, wenn er diese Schiefen korrigiert. Die Hauptverantwortlichen für die Klimakrise müssen am meisten zu ihrer Lösung beitragen.



Grundversorgung sicherstellen

Energie und Gesundheit, Bildung und Wasser, Verkehr und Pflege: Auf die öffentliche Daseinsvorsorge sind wir alle angewiesen. Das gilt umso mehr im sozialen und ökologischen Umbau. Nur die öffentliche Hand kann die Absicherung garantieren, die in den aktuellen Krisen nötig ist. Wir müssen deshalb die gescheiterten Privatisierungen oder Deregulierungen zurücknehmen.

Unternehmen verpflichten

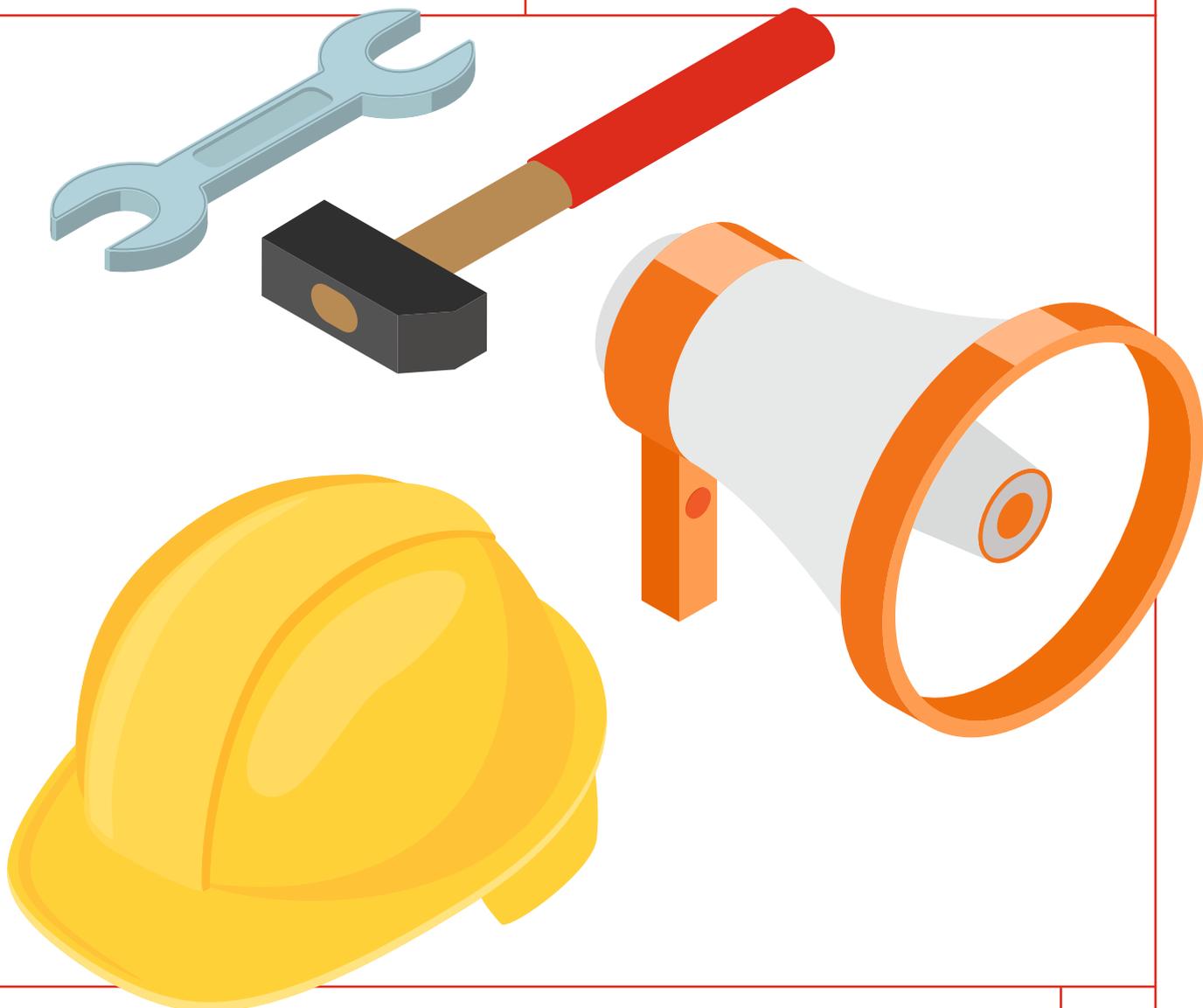
Die Klimakrise lässt sich nicht lösen, indem die Konsument:innen mehr Verzicht üben. Nicht die Kaufentscheidungen müssen sich verbessern, sondern das Angebot. Die Unternehmen sollen sich stärker auf Nachhaltigkeit als auf Profit ausrichten. Auch an anderer Stelle sind sie gefragt. Ob bei Energiewende, Weiterbildung oder Mobilität: Nachdem sie sich lange Zeit aus ihrer Verantwortung zurückgezogen haben, müssen Unternehmen jetzt wieder größere Beiträge leisten.

Im Betrieb mitbestimmen

Der soziale und ökologische Umbau wird in den Unternehmen vieles verändern. Damit das auf gerechte Weise gelingt, müssen die Beschäftigten eingebunden werden. Sie sind die Expert:innen für ihre Arbeit. Wo immer der Umbau sie betrifft – etwa wenn die Produktion einer Fabrik umgestellt wird – ,müssen sie mitbestimmen. Demokratie darf nicht am Werkstor aufhören.

Demokratie ausweiten

Die Klimakrise und ihre Lösung betreffen uns alle. Also müssen wir alle den sozialen und ökologischen Umbau mitbestimmen können – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder finanzieller Lage. Anstatt immer mehr Menschen vom Wahlrecht auszuschließen – vor allem Arbeiter:innen sind betroffen – ,müssen wir die Hürden auf dem Weg zur Staatsbürgerschaft abbauen. Außerdem brauchen wir Beteiligungsformen über Wahlen hinaus, etwa auf lokaler Ebene.



Beschäftigung: Arbeit für die Gesellschaft statt Profite

Vor dem Umbau...

... dient Arbeit vor allem privaten Profitinteressen: Arbeitsplätze entstehen vor allem dort, wo sie das Kapital der Eigentümer:innen vermehren. Wofür und wie wir wirtschaften, orientiert sich zu wenig am gesellschaftlichen Nutzen und damit auch an der Klimabilanz. Die Nachfrage nach Berufen, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft tragen, steigt zwar. Doch eine Strategie, die beinhaltet, wo all die Arbeitskräfte herkommen sollen, fehlt. Außerdem werden die „Green Jobs“ nur technisch verstanden, obwohl weit mehr Berufe potenziell klimafreundlich sind.

Nach dem Umbau...

... arbeiten wir in größerem Ausmaß für die Gesellschaft statt für die Profite einiger weniger. Auch die Arbeitsmarktpolitik stellt aktiv die Frage: Welche Kompetenzen brauchen wir für den sozialen und ökologischen Umbau? Und wie müssen Tätigkeiten an neue Produktionsprozesse angepasst werden? Neue Möglichkeiten in der Arbeitsmarktpolitik erleichtern den Umstieg in andere

Berufe. Dadurch haben die Beschäftigten mehr Beweglichkeit in ihrem Berufsleben als zuvor.

Wer als Folge der wirtschaftlichen Veränderungen arbeitslos wird, ist nicht existenziell bedroht, sondern hat gute Möglichkeiten, sich neu zu orientieren. Dafür sorgt einerseits ein verbessertes Arbeitslosengeld, andererseits gibt es zahlreiche neue, finanziell abgesicherte Ausbildungsmöglichkeiten, welche die Interessen der Betroffenen und der Gesellschaft in den Vordergrund stellen.

Wie wir den Umbau schaffen

Wir stellen die Arbeitsmarktpolitik in den Dienst des sozialen und ökologischen Umbaus der Gesamtwirtschaft. Welche Berufe brauchen wir in Zukunft unbedingt, und welche Kompetenzen sind dafür notwendig? Welche werden wegfallen? Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen bezieht die öffentliche Hand die Expertise von Beschäftigten, Gewerkschaften und AK mit ein. Die „Green Jobs“ der Zukunft finden sich etwa in der Bauwirtschaft oder bei den erneuerbaren Energien, aber auch in Berufen wie Bildung, Pflege oder Abfallwirtschaft.

Maßnahmen

1. Recht auf Weiterbildung: Alle Beschäftigten und Arbeitssuchenden über 25 erhalten die Möglichkeit, sich weiterzuqualifizieren oder beruflich ganz neu zu orientieren. Sie bekommen einen Rechtsanspruch auf die Bildungsmaßnahme und Karenz. Zur Existenzsicherung während der Umorientierung erhalten sie ein Qualifizierungsgeld von zumindest 2.000 Euro brutto aus Steuermitteln. Voraussetzungen dafür sind fünf Jahre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und eine Ausbildungsberatung.

2. AMS-Vermittlung reformieren: Oft geht es dem AMS nur darum, Menschen einfach schnell auf eine neue Stelle zu vermitteln. Künftig werden zukunftsfähige und klimarelevante Aus- und Weiterbildungen einer Jobvermittlung gleichgestellt. Alle Arbeitssuchenden

können klimarelevante Qualifikationen erwerben, auch wenn ihre Erstausbildung aus einem anderen Bereich stammen sollte.

3. Arbeitsplatzgarantie im Umbau: Die Dekarbonisierung verändert unsere Wirtschaft grundlegend. Doch kein:e Beschäftigte:r darf dabei zurückbleiben. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, erhält eine staatliche Garantie, weiter beschäftigt zu bleiben. Die Garantie betrifft nicht die konkrete Stelle, sondern eine gleichwertige, was Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung betrifft. Das AMS investiert die sonst für eine Arbeitslosigkeit nötigen Mittel in die Arbeitsplatzgarantie. Die neuen Arbeitsplätze für den Umbau entstehen bei privaten Unternehmen oder im gemeinnützigen Bereich.





Gebäudesanierung: Dämmen statt aus dem Fenster heizen

Vor dem Umbau...

... heizen 1,5 Millionen Wohnsitze mit Öl oder Gas. Knapp 1 Million sind unsaniert und heizen damit in großem Maß zum Fenster hinaus. Viele wollen ihre Heizung tauschen und ihre Häuser dämmen lassen – doch die Arbeitskräfte dafür fehlen. Mieter:innen dürfen über einen Heizungstausch nicht mitbestimmen und tragen oft die hohen Kosten unsanierter Gebäude. Umgekehrt sind sie auch kaum geschützt, wenn ein Heizungstausch zu enormen Kosten führt.

Nach dem Umbau...

... heizen wir ökologisch, leistbar und effizient. Egal ob das Einfamilienhaus am Land oder die Wohnung in der Stadt: Wohnsitze werden thermisch und energetisch saniert. Das bedeutet: Sie sind besser isoliert, verlieren weniger Wärme und haben sauberere und effizientere Heizsysteme als zuvor. Die Rechte der Konsument:innen beim Bezug von Nah- oder Fernwärme sind deutlich

erweitert worden. Es wurde also nicht nur ökologisch umgebaut, sondern auch die sozial erforderlichen Begleitmaßnahmen wurden umgesetzt. Die vielen Arbeitskräfte, die diese Aufgabe erledigen, haben bessere Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten als zuvor, vor allem in der Baubranche.

Wie wir den Umbau schaffen

Die in Österreich nötige Gebäudesanierung ist eine Mammut-Aufgabe. Überlassen wir sie dem Markt, wird sie scheitern oder auf dem Rücken der Bewohner:innen und Beschäftigten passieren. Das kann nur durch eine geplante Vorgehensweise verhindert werden. Die Bewohner:innen schützen wir davor, dass die Kosten auf sie übergewälzt werden. Anders als etwa in Deutschland dürfen nur die anteilmäßigen Kosten des Betriebs neuer Heizungen an sie weitergegeben werden. Wir verhindern, dass die Förderungen für Heizungstausch nur die Gewinne der Unternehmen erhöhen.

Maßnahmen

1. Sozial gerechte Anreize verbessern: Der Bund soll dauerhaft eine zusätzliche Milliarde Euro pro Jahr für Wohnbauförderung (Sanierung und Neubau) zur Verfügung stellen. Die Bundesländer bekommen dieses Geld nur dann zur Gänze, wenn sie ihre Budgets zur Wohnbauförderung nicht kürzen.

Die bestehende CO₂-Bepreisung wird sozial gerecht umgebaut: Die Kosten werden zwischen Vermieter:in und Mieter:in aufgeteilt. Je weniger energieeffizient die Wohnung ist, desto mehr bezahlt der:die Vermieter:in. So entsteht für den:die Vermieter:in ein Anreiz zur Gebäudesanierung, statt die hohen laufenden Kosten einfach weiterzureichen.

2. Rechte von Konsument:innen schützen und ausbauen:

Wärme-Kund:innen brauchen dieselben Rechte wie Strom-Kund:innen. Dazu gehören effektive Preiskontrolle, transparente Verträge und einfachere Möglichkeiten, die eigenen Rechte durchzusetzen. Bei Mehrfamilienhäusern müssen zwischengeschaltete

Firmen besser reguliert werden. Diese „Contractoren“ verlangen oft enorme Aufschläge auf den Wärmepreis, um Errichtungskosten hereinzubekommen und die Gewinne zu erhöhen. Miethaushalte sollen vor Mieterhöhungen und unangemessenen Eingriffen beim Einbau und Betrieb einer neuen Heizung geschützt werden.

3. Fachkräfte ausbilden: Das große Projekt der Gebäudesanierung braucht viele Arbeitskräfte – neue und bestehende. Die relevanten Lehrberufe von Fassaden- und Fensterbau über Dachdecker:in und Spengler:in bis Installateur:in und Elektrotechniker:in müssen gefördert und weiterentwickelt werden. Alle Lehrlinge sollen klimafitte Kompetenzen von Ressourceneffizienz bis Kreislaufwirtschaft erhalten. Auch das AMS soll Umstiege in sanierungsrelevante Berufe bei allen Interessierten fördern, auch wenn deren Erstausbildung aus einem anderen Bereich stammen sollte. Qualifizierung geht in solchen Fällen vor schnellstmöglicher Vermittlung.

Soziale Dienstleistungen: Berufe des Kümmerns und Versorgens aufwerten



Vor dem Umbau ...

... wäre ohne Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime und andere soziale Dienstleister kein Zusammenleben denkbar. Jeder Mensch ist im Laufe seines Lebens mehrfach auf sie angewiesen. Sie sichern uns sozial und gesundheitlich ab. Zugleich sind sie klimafreundlich und verbrauchen vergleichsweise wenig Energie und Ressourcen. Dieser Bedeutung werden Bezahlung und Arbeitsbedingungen aber nicht gerecht. Eher drohen Budgetkürzungen oder Privatisierungen die ohnehin belastete Lage der Beschäftigten weiter zu verschlechtern.

Nach dem Umbau ...

... erhalten die sozialen Dienstleistungen die Bedeutung, die sie verdienen. Alle Menschen haben Zugang zu hochwertigen und leistbaren Angeboten. Die Beschäftigten in diesen Bereichen sind besser bezahlt, die Arbeitszeiten und -bedingungen verhindern eine Überlastung der Beschäftigten. Viele Menschen empfinden die Berufe als sinnstiftend und gesellschaftlich angesehen und wollen sie ausüben. Daher gibt es stets ausreichend Personal, und Kinder, Jugendliche, Alte oder Kranke werden bestmöglich versorgt. Der hohe Anteil der Beschäftigten in sozialen Dienstleistungen trägt dazu bei, den Energie- und Ressourcenverbrauch unserer Gesellschaft zu senken.

Wie wir den Umbau schaffen

Die Berufe des Kümmerns und Versorgens sind für den sozialen und ökologischen Umbau besonders wichtig. Der Gesundheitssektor ist durch neue, klimabedingte Belastungen und Krankheiten gefordert. Der Bildungsbereich muss Menschen dazu ermächtigen, sich als Bürger:innen und Beschäftigte aktiv in den Umbau einzubringen. Damit die sozialen Dienstleistungen diese Herausforderungen bewältigen können, brauchen sie mehr Geld und Personal. Wo Privatisierungen und Liberalisierungen für Kostendruck sorgen und das Gegenteil bewirken, müssen sie zurückgenommen werden. Soziale Dienstleistungen müssen von der öffentlichen Hand gestaltet oder selbst erbracht werden.

Maßnahmen

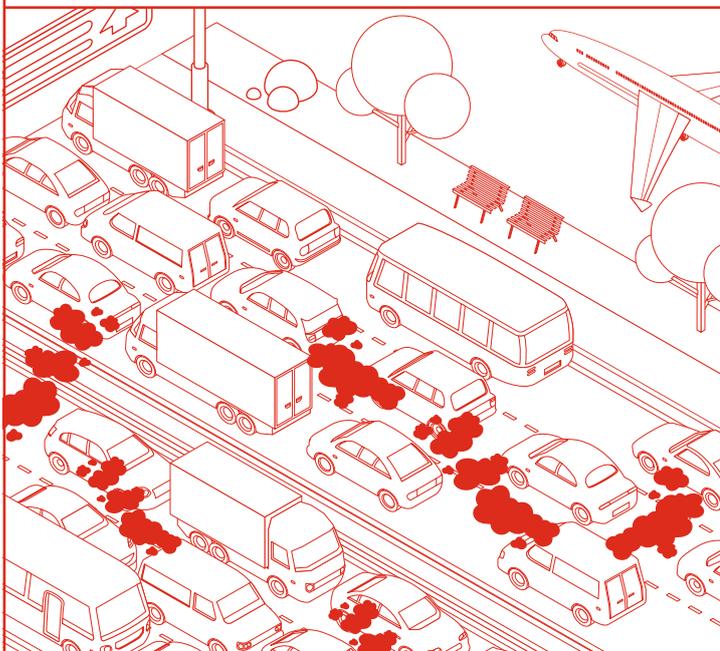
1. Öffentlich statt privat: Bei den sozialen Dienstleistungen versagt der Markt. Viele Beispiele zeigen, dass Privatisierungen, beispielsweise im Pflegebereich, die Qualität der Leistungen und die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Die öffentliche Hand muss alle politischen Mittel nützen, um unsere Grundversorgung zu schützen und umfassend auszubauen. Entweder erbringt sie die Leistungen selbst, oder sie vergibt sie nur unter strengen Bedingungen an Private. Förderungen, etwa für Kindergärten, müssen an Gemeinnützigkeit gekoppelt werden. Auch für Klimaneutralität kann am besten die öffentliche Hand sorgen.

2. Bessere Bezahlung und Arbeitsplätze: Die sozialen Dienstleistungen und ihre Berufe werden umfassend aufgewertet. Das beginnt bei der Ausbildung. Eine Existenzsicherung nach Vorbild des Pflege-Stipendiums wird auf andere Branchen ausgeweitet. Die Arbeitszeiten werden verkürzt, die Personalschlüssel verbessert, die Gehälter erhöht.

3. EU-Regelwerk anpassen: Investitionen in die sozialen Dienstleistungen rentieren sich über Generationen hinweg. Sie dürfen deshalb nicht künstlich eingeschränkt werden, etwa durch EU-Vorgaben. Wir brauchen eine „goldene Investitionsregel“: eine Ausnahme für die Daseinsvorsorge, also die soziale Grundversorgung, von den EU-Schuldenregeln.



Mobilität: Den Verkehr sauberer und gerechter machen



Vor dem Umbau ...

... ist unser Verkehrssystem teuer und ineffizient, unsozial, unökologisch und ungesund. Wir bewegen uns vor allem mit Benzin, Diesel und anderen fossilen Treibstoffen. Der Verkehr belastet die Umwelt und verfehlt die Klimaziele. Pkws sind teuer, doch ein Fünftel der Bevölkerung lebt fern jeder Öffi-Anbindung und hat kaum eine Wahl. Unter Jugendlichen sind Unfälle Todesursache Nummer eins. Güter werden zu oft per Lkw transportiert – auch weil die Fahrer:innen durch schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen ausgebeutet werden.

Nach dem Umbau ...

... bewegen wir uns weniger mit Autos und mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Rad. Alle Menschen haben ein Recht auf gute und nachhaltige Mobilität. Das hat viele positive Folgen: Verringerter Lärm, sauberere Luft und mehr Bewegung stärken unsere Gesundheit. Es gibt weniger Tote und Verletzte durch Verkehrsunfälle. Unsere Städte sind lebenswerter, weil Parkplätze und Straßen

rückgebaut und durch Grünflächen ersetzt wurden. Kinder können sich freier und sicherer bewegen. Ehemalige Autofahrer:innen sparen sich Geld und kommen entspannter ans Ziel. Die Arbeitsbedingungen im Verkehrsbereich sind besser als zuvor.

Wie wir den Umbau schaffen

Vermeiden, verlagern, verbessern: Das sind die drei Prinzipien der Verkehrswende.

Wir vermeiden Verkehr, indem wir „Städte und Regionen der kurzen Wege“ schaffen. Raum- und Stadtplanung sorgen dafür, dass Schule, Kindergarten oder Einkauf zunehmend in kurzer Zeit und ohne Auto erreichbar sind. Die Wirtschaftspolitik fördert regionale Wertschöpfungsketten statt ruinösen Standortwettbewerb. Das vermeidet unnötigen Güterverkehr und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

Wir verlagern den Verkehr durch bessere Infrastruktur. In der Stadt erleichtern attraktive Geh- und Radwege den Verzicht aufs Auto. Am Land erreichen reaktivierte Regionalbahnen Menschen, die zuvor keinerlei Öffi-Anschluss hatten. Unternehmen an schlecht angebundenen Standorten schaffen mit Werksbussen eine Alternative zum Pkw-Arbeitsweg. Im Güterverkehr schaffen wir echte Kostenwahrheit, die Umwelt- und soziale Kosten einrechnet. Die nötige Kapazitätssteigerung im Bahnverkehr ermöglichen wir durch langfristig fixierte Investitionen.

Wir verbessern den Verkehr durch mehr Effizienz. Was weiterhin an Pkw-Verkehr notwendig ist, wird durch E-Motor, Sharing oder Sammeltaxis ökologischer gemacht. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen machen den Verkehrssektor, von Bus und Bahn über Lkw und Flugzeug bis hin zu Taxis und Zustelldiensten, attraktiver.

Maßnahmen

1. Recht auf gute und nachhaltige Mobilität für alle:

Alltagswege müssen ohne Pkw möglich sein. Dabei helfen die Reaktivierung und Elektrifizierung der Regionalbahnen, ein engmaschiges Busnetz, Sammeltaxis, regionale Sharing-Modelle sowie attraktive Geh- und Radwege.

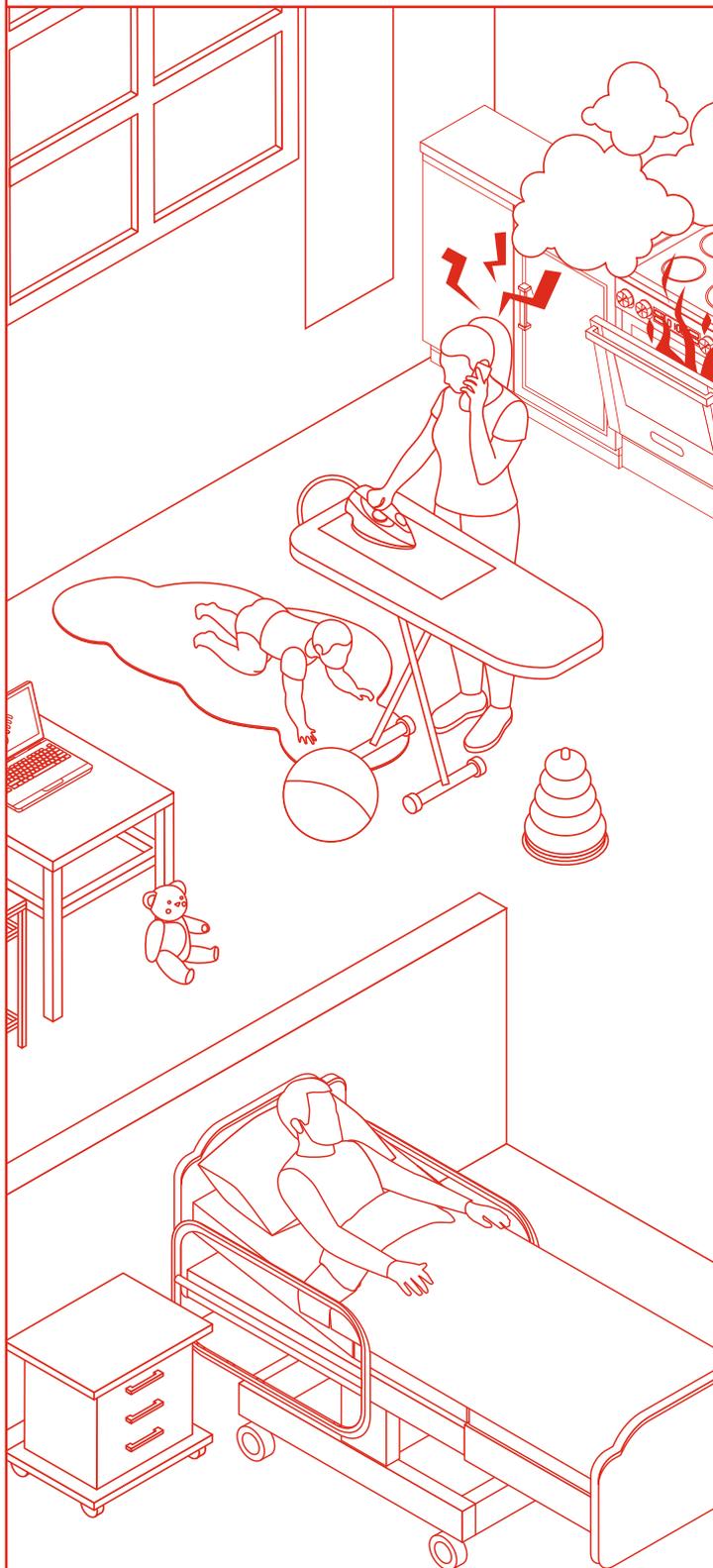
2. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen schaffen:

Im gesamten Transport- und Logistiksektor stellen stringente Kontrollen sicher, dass Kollektivverträge, Arbeits- und Lenkzeiten, Löhne, Sozialstandards, Tempolimits und Höchstgewichte eingehalten werden.

3. Unsere Bahnen schützen und stärken: Die Bahn als Rückgrat der Verkehrswende bleibt in öffentlicher Hand. Negative Liberalisierungen werden zurückgenommen. Öffentliche Investitionen ermöglichen die geplante Verdoppelung der Transportkapazitäten der ÖBB bis 2040. Die Güter für die Mobilitätswende produzieren wir selbst in den Regionen. Die Bahnindustrie und der öffentliche Verkehr insgesamt machen sich mit guten Arbeitsbedingungen attraktiv für Beschäftigte, die andere Branchen verlassen.



Geschlechtergerechtigkeit: Arbeit und Macht gleich verteilen



Vor dem Umbau...

... sind Frauen von der Klimakrise stärker betroffen als Männer. Sie reagieren stärker auf Hitze und sind ihr öfter ausgesetzt: Frauen wohnen häufiger in schlecht gedämmten Wohnungen und haben weniger Geld für Kühlung. Sie erledigen mehr Haus- und Sorgearbeit und damit mehr Alltagswege zu Fuß, etwa zu Kindergarten, Schule oder Einkauf, statt mit klimatisierten Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz und zurück zu fahren. Frauen engagieren sich auch stärker für einen sozialen und ökologischen Umbau – gelangen aber seltener in Machtpositionen, um ihn auch mitzugestalten.

Nach dem Umbau...

... gestalten Frauen und Mädchen in Wirtschaft und Gesellschaft gleichberechtigt mit. Das betrifft Regierungen, Parlamente und Chefetagen genauso wie Arbeitsplätze, Universitäten und Nachbarschaften. Wo immer klima- und umweltrelevante Entscheidungen fallen, haben Frauen und Mädchen gleich viel Einfluss wie Männer und Buben. Gemeinsam entwickeln sie ein neues Zusammenleben, das sowohl für unseren Planeten als auch die Gleichstellung der Geschlechter gut ist.

Wie wir den Umbau schaffen

Wir verschaffen Frauen die nötige Zeit, um sich einzubringen. Derzeit haben sie, weil sie zwei Drittel der Haus- und Sorgearbeit übernehmen, weniger freie Zeit am Tag als Männer. Die gerechtere Verteilung dieser Arbeit zwischen den Geschlechtern, der Ausbau von Kinderbetreuung, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitssystem sorgt dafür, dass Frauen entlastet und für Mitbestimmung freigespielt werden. Die Bewältigung von Klima- und Sorgekrise geht so Hand in Hand.

Wir sorgen dafür, dass Gleichstellung in der gesamten Klimapolitik berücksichtigt wird, dass Berufe des Sorgens und Kümmerns aufgewertet werden und dass Frauen und Mädchen gleichberechtigte Chancen haben, vom technologischen Wandel zu profitieren (→ Bildung).

Maßnahmen

1. Frauen von Sorgearbeit entlasten: Wir bauen die Einrichtungen für Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege flächendeckend, hochwertig und leistungsfähig aus. Das verschafft Frauen mehr Zeit, um sich in klimarelevante Entscheidungen einzubringen.

2. Klimapolitik geschlechtergerecht gestalten: Ob Regierung oder Parlamentsausschuss, ob Expert:innenrat oder Bürger:innenbeteiligung: Überall, wo klima- und umweltpolitische Entscheidungen getroffen werden, müssen Frauen gleichberechtigt mitbestimmen. Außerdem muss jede Klimaschutz-

maßnahme vorab auf ihre Wirkung auf Männer und Frauen hin untersucht werden. So sind rechtzeitige Eingriffe möglich, wenn beispielsweise große Budgets vor allem Männern zugutekommen und Frauen vernachlässigt werden.

3. Frauen und Mädchen vor Klimafolgen schützen: Der Klimawandel verstärkt bestehende Ungleichheiten und damit verbundene Probleme. So zeigen Studien, dass Partnergewalt nach Hitzewellen deutlich ansteigt. Wir entwickeln Maßnahmen, die Frauen und Mädchen schützen.



Industrie: Den Umbau als Jobmotor nützen

Vor dem Umbau ...

... verlieren wir langsam die Fähigkeit, den sozialen und ökologischen Umbau selbst zu gestalten. Bei Wärmepumpen, Photovoltaik-Anlagen, Batterien und anderen kritischen Produkten und Technologien sind europäische Unternehmen von internationalen Zulieferern abhängig. Europa ist damit politisch erpressbar, Beschäftigung und Wertschöpfung gehen zusehends verloren.

Wie wir den Umbau schaffen

Der Umbau der Industrien geschieht mit Strategie statt durch Chaos. Der Staat setzt auf eine inklusive und vorausschauende Industriepolitik, die für einen gerechten Übergang sorgt. Wie das geht, unterscheidet sich von Region zu Region. Bestehende Stärken werden ausgebaut. Dazu gehören etwa Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik oder andere „Life Sciences“ in Wien und Kreislaufwirtschaft, Recycling oder erneuerbare Energien rund ums „Green Tech Valley“ in der Steiermark und Kärnten.

Zusätzlich schafft die Politik Raum für Experimente und Innovation, indem sie visionäre Ziele vorgibt und eine langjährige Finanzierung sicherstellt – die Wege zum Ziel aber offenlässt. So können ungeplante Erfindungen und Anwendungsbereiche entstehen. Beispielsweise entwickelte die NASA im Zuge des Projekts „Mondlandung“ in den 1960er-Jahren die Astronautennahrung – die heute, damals unvorhergesehen, auch in Spitälern oder der Geriatrie zum Einsatz kommt.

Staaten und Regionen setzen ihre industriepolitischen Schwerpunkte, stimmen sich aber grenzüberschreitend ab. Gibt es beispielsweise in Deutschland große Investitionen in die Chip-Produktion, ist es für Österreich sinnvoll, sich daran zu orientieren.

Maßnahmen

- 1. Industrie in Europa weiterentwickeln:** Der produzierende Bereich bietet gute Arbeitsplätze und hohe Einkommen. Der soziale und ökologische Umbau bietet enorme Chancen für eine starke Industrie auch in der Zukunft. Batterien, Photovoltaik, Windkraft, Wärmepumpen, Wasserstoff und andere grüne Technologien sind dafür zentral, und sie müssen von Fachkräften in Europa hergestellt werden. In Branchen wie der Industrierobotik können erfolgreiche Schwerpunkte nach dem Vorbild des „Life Sciences“-Clusters in Wien oder des „Green Tech Valley“ im Süden Österreichs (→ „Wie wir den Umbau schaffen“) aufgebaut werden.
- 2. Kreislaufwirtschaft ausbauen:** Reparieren, wiederverwenden, wiederverwerten, neu zusammensetzen – diese Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft helfen uns dabei, Energie und Rohstoffe effizienter zu verwenden und wiederzuverwerten. Österreich braucht eine ambitionierte Kreislaufwirtschaftsstrategie, die EU verpflichtende Mindeststandards für die hergestellten Produkte.
- 3. Auflagen für Förderungen und bei öffentlichen Aufträgen verankern:** Öffentliche Subventionen für Unternehmen, die ihre Produktion klimaneutral umbauen, sind wichtig. Sie müssen aber an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein. Dazu gehören etwa Standort- und Beschäftigungsgarantien, verpflichtende Transformationspläne unter Mitwirkung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen oder Qualifizierungsoffensiven. Auch die öffentliche Auftragsvergabe ist ein mächtiger Hebel, um den Umbau sozial und ökologisch zu gestalten.

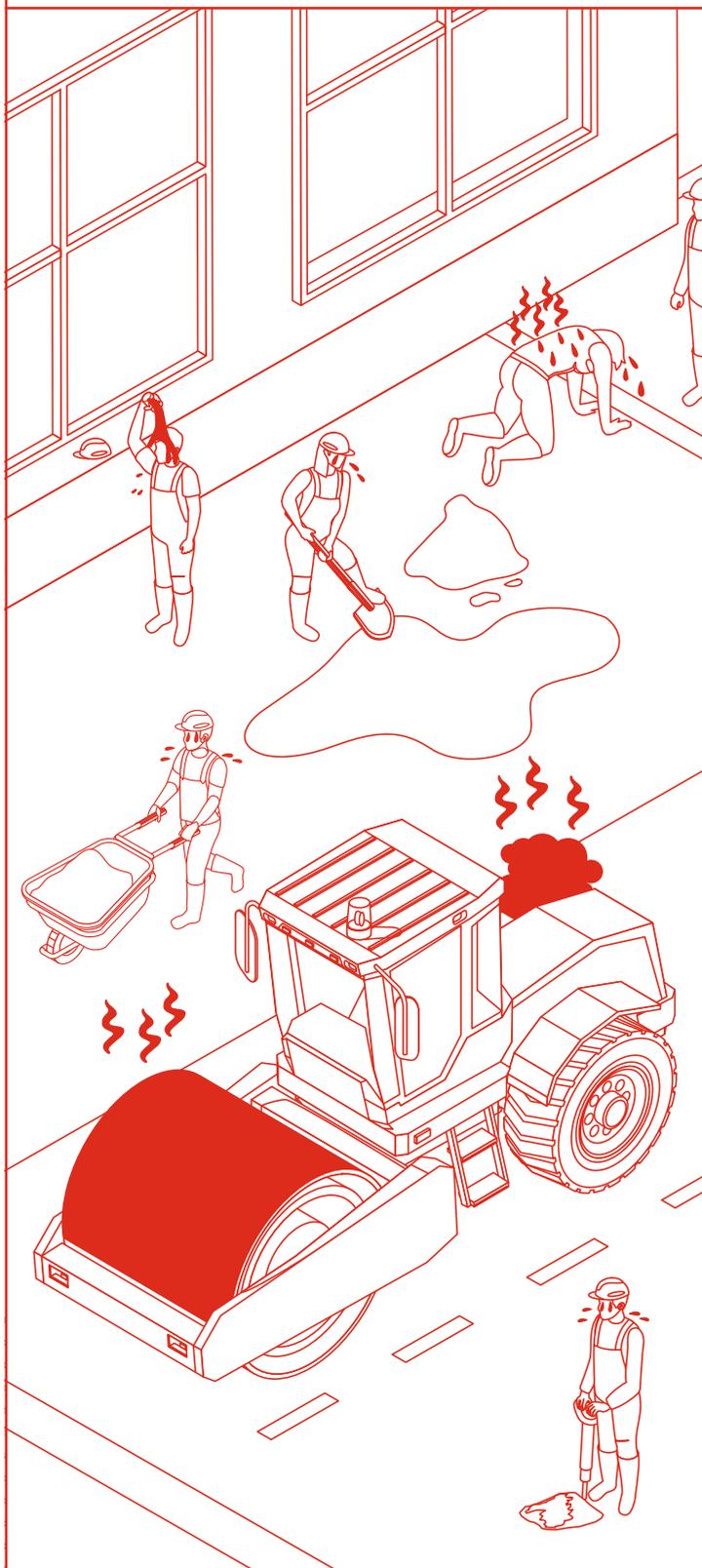


Nach dem Umbau ...

... ist unsere Wirtschaft eine digitalisierte Kreislaufwirtschaft. Reparieren, wiederverwenden, wiederverwerten, neu zusammensetzen gehören zu den Prinzipien im Umgang mit Rohstoffen und Produkten aller Art. Unsere Industrie ist stark, innovativ und ökologisch nachhaltig. Europa produziert die Technologien für den sozialen und ökologischen Umbau möglichst selbst. Die grünen und digitalen Techno-

logien haben sich zu Jobmotoren entwickelt. Die Unternehmen haben es geschafft, ihre Produktion klimaneutral umzubauen. Die Dekarbonisierung ist gelungen, weil der Staat öffentliche und private Investitionen gelenkt hat. Die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen haben den Umbau unterstützt, weil dieser mit einer guten Strategie geschah, die sie mitgestalten konnten.

Arbeitsrecht: Gesund und sicher arbeiten in der Klimakrise



Vor dem Umbau ...

... hat das Arbeitsrecht wenig Antworten auf die Klimakrise und ihre Folgen. Hitzewellen, Überschwemmungen, Erdbeben oder Blackouts und ihre Folgen für die Arbeitswelt sind nur unzureichend geregelt. Statt klaren Rahmenbedingungen gibt es vor allem Einzelentscheidungen nach Gerichtsverfahren.

Nach dem Umbau ...

... sind die Beschäftigten am Arbeitsplatz umfassend geschützt, etwa vor der zunehmenden Hitze. Auch wenn ihr Arbeitsweg verschüttet wurde oder sie ehrenamtlich bei einem Hochwasser helfen, müssen sie sich keine Sorgen um ihr Einkommen oder gar ihren Arbeitsplatz machen. Eine gut ausgestattete Arbeitsinspektion sorgt dafür, dass die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer:innen eingehalten werden. Auch wenn das Klima zunehmend instabil wird, gibt es Rechtssicherheit für Arbeitnehmer:innen und Unternehmen.

Wie wir den Umbau schaffen

Kinderarbeit, grenzenlose Arbeitstage, lebensgefährliche Arbeitsbedingungen: Vieles, was in der Frühphase des Kapitalismus normal war, wurde durch den hartnäckigen Einsatz von Arbeiter:innen und Gewerkschaften verbessert. Heute sind die Beschäftigten durch viele Regeln vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt. Mit der Klimakrise ändert sich unser Leben und Arbeiten fundamental, neue Gefahren kommen hinzu. Ein weiterer Entwicklungssprung des Regelwerks wird daher nötig. Wir müssen das Arbeitsrecht klimafit machen, neue Schutzbestimmungen aufnehmen und klimabezogenen Gefahren und Berufskrankheiten vorbeugen.

Maßnahmen

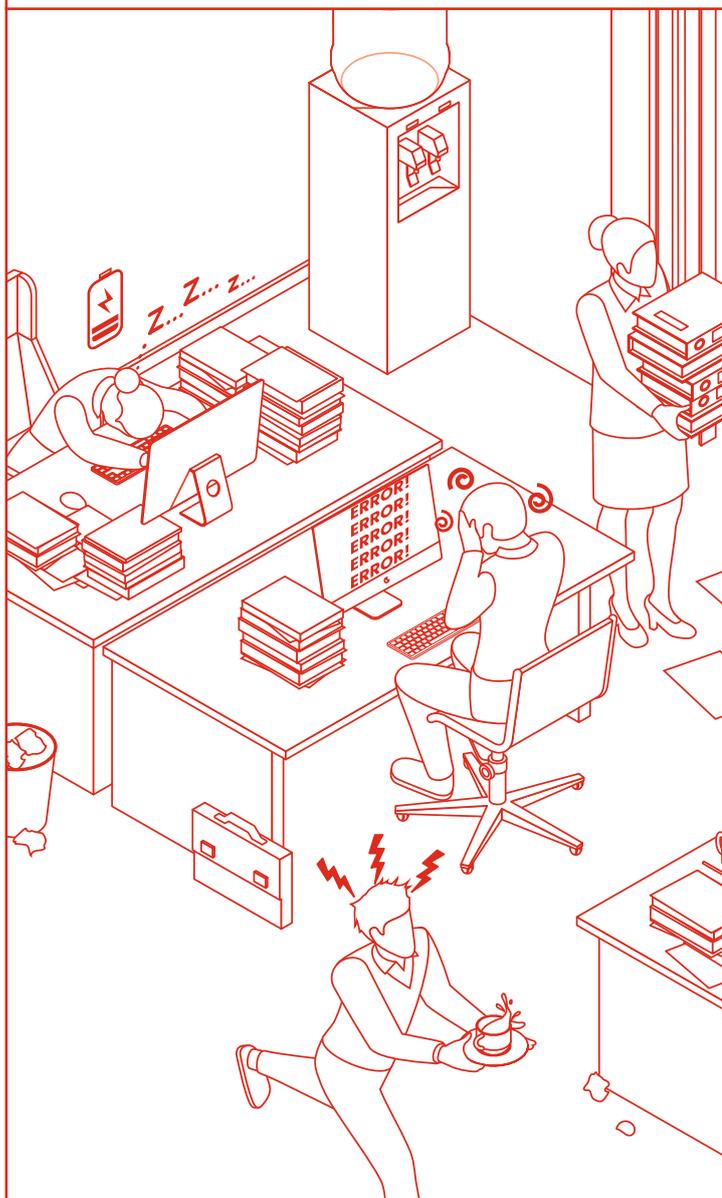
1. Schutz vor Hitze am Arbeitsplatz: Wir schaffen eine Rechtsgrundlage, mit der alle Outdoor-Worker:innen ab 30 Grad bezahlt hitzefrei bekommen können. Mehr Pausen bei gleichbleibender Gesamtarbeitszeit sorgen für Abkühlung und Erholung. Neue Jahresarbeitszeitmodelle in hitzegeplagten Berufen orientieren sich an den Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer:innen: Bei zu großer Hitze wird die Arbeitszeit reduziert und in die kühlere Tages- bzw. Jahreszeit verschoben.

2. Absicherung bei Naturkatastrophen: Beschäftigte, die wegen Überschwemmungen, Vermurungen oder anderen Extremwetterereignissen nicht zum Arbeitsplatz kommen können, erhalten einen Kündigungsschutz und garantierte Entgeltfortzahlung.

3. Neue Berufskrankheiten anerkennen: Mehr Hitzetauge und UV-Strahlung erhöhen das Risiko, dass sich weißer Hautkrebs stark ausbreitet. Klimabezogene Berufskrankheiten dieser Art werden als solche anerkannt und die Präventionsmaßnahmen regelmäßig angepasst.



Arbeitszeit: Neue, gesunde Vollzeit für alle



Vor dem Umbau ...

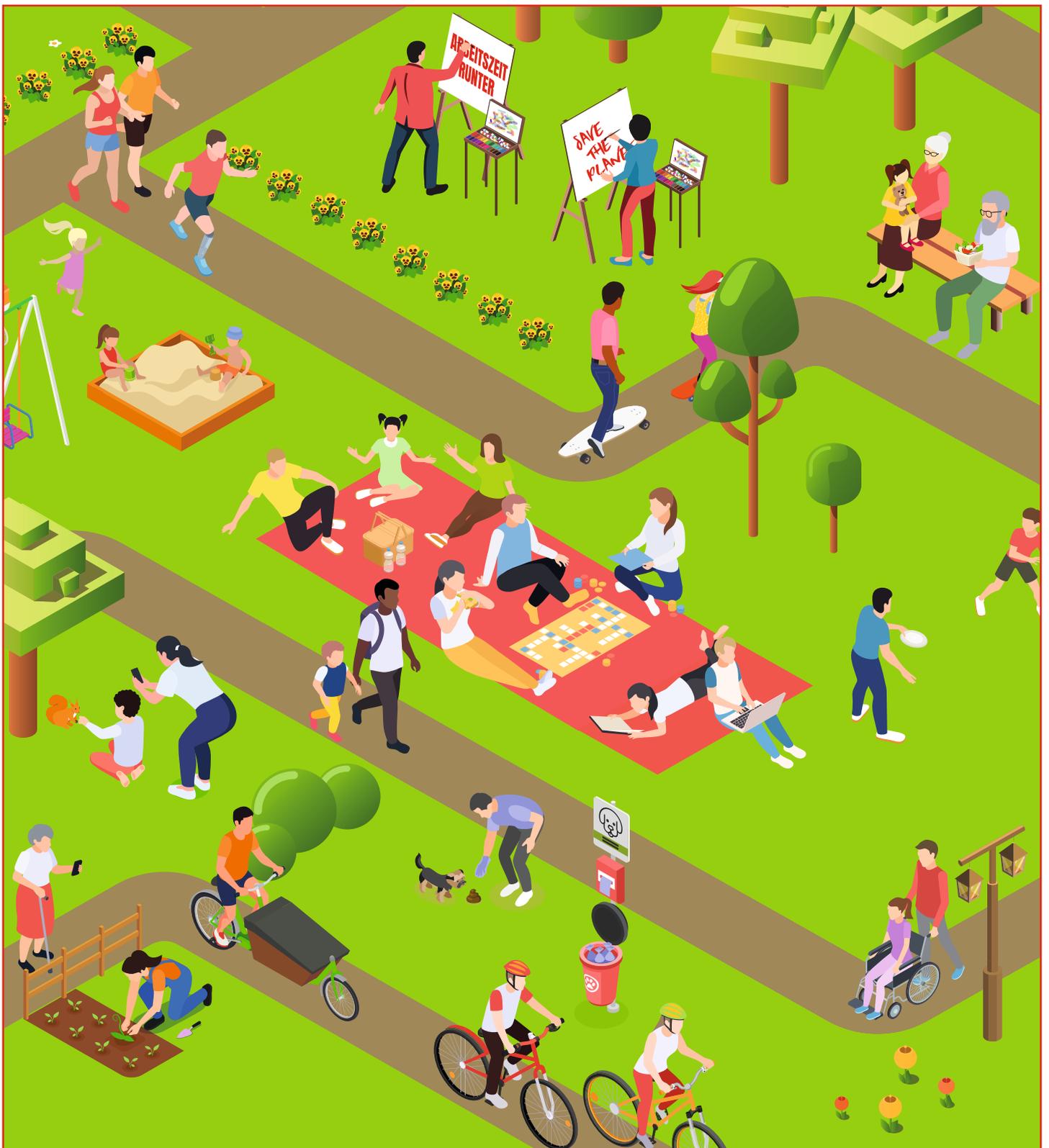
... ist Österreich das Land mit den dritthöchsten Arbeitszeiten bei Vollzeit in der EU. Das hat zahlreiche negative Konsequenzen: Das Krankheits- und Unfallrisiko steigt mit den Arbeitsstunden. Die zunehmende Hitze macht lange Arbeitszeiten umso belastender. Bezahlte Erwerbsarbeit auf der einen und unbezahlte Sorge- bzw. Hausarbeit auf der anderen Seite sind höchst ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Studien zeigen: Die Menschen wollen mehr Zeitwohlstand und weniger Arbeitszeit.

Wie wir den Umbau schaffen

Wir verkürzen die Erwerbsarbeitszeit auf verschiedenen Wegen. Schon jetzt geschieht das über die Kollektivverträge, also Branche für Branche, und bei einzelnen innovativen Unternehmen. Mit dem sozialen und ökologischen Umbau wird die Arbeitszeit gesetzlich und für alle gleichermaßen verkürzt. Die Umsetzung geschieht Schritt für Schritt über mehrere Jahre hinweg. So können die wegfallenden Arbeitsstunden gut kompensiert werden, etwa durch Aufstockung bei Teilzeitbeschäftigten oder laufende Qualifizierung arbeitssuchender Menschen.

Maßnahmen

- 1. Neue, gesunde Vollzeit:** Gut vorbereitet durch die Sozialpartner folgt der große Wurf: eine gesetzliche Regelung über eine neue, gesunde Vollzeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- 2. Kurzarbeit für den Umbau:** Etliche Unternehmen müssen auf ein klimaneutrales Geschäftsmodell umstellen. Sattelt beispielsweise ein Autobauer auf Züge um, geht das nicht über Nacht. Um die Umbauzeit wirtschaftlich gut zu überbrücken, erhält er Unterstützung durch eine neue Form der Transformations-Kurzarbeit. Wie bei der Corona-Kurzarbeit übernimmt das AMS vorübergehend einen Teil der Lohnkosten. Die Transformations-Kurzarbeit ist auch eine Vorbereitung auf die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung.
- 3. Halbe-halbe fördern:** Eltern mit Kleinkindern erhalten Unterstützung dabei, sich Erwerbs- und Sorgearbeit gerecht aufzuteilen. Wenn beide im Beruf auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren, bekommen sie eine steuerfreie Prämie. Die meisten Paare haben die Aufteilung „Mann Vollzeit, Frau Teilzeit“. Ihnen bringt dieses Familienarbeitszeitmodell sogar einen finanziellen Bonus.



Nach dem Umbau ...

... ist die Arbeitszeit einer Vollzeitstelle spürbar kürzer als heute. Wir sind gesünder und haben mehr Zeit für die Dinge des Lebens, die uns wichtig sind: für Familie, Freund:innen oder uns selbst. Bezahlte und unbezahlte Arbeit sind gerechter aufgeteilt, die Lebensqualität ist höher.

Die Entschleunigung erleichtert es uns, klimafreundlich zu leben: Zu Hause mit frischen Zutaten zu kochen braucht mehr Zeit als ein Fertiggericht für die Mikrowelle. Klimabewusste Urlaube mit längeren Reisezeiten haben gestresste Wochenendflüge ersetzt und bringen uns mehr Erholung.

Energie: Sauber, sicher und leistbar für alle



Vor dem Umbau...

... hat Österreichs Energieversorgung drei große Schwächen: Erstens kommt unsere Energie zu fast zwei Dritteln aus Öl, Gas und Kohle – und befeuert damit täglich die Klimakrise weiter. Zweitens sind wir von diktatorischen Regimen als Lieferanten abhängig. Drittens müssen wir mit dem ständigen Risiko von Lieferausfällen oder großen Preisschwankungen leben.

Wie wir den Umbau schaffen

Wir beschleunigen den Ausbau erneuerbarer Energien mit dezentralen Lösungen, Speichern und Netzen – und verteilen die Kosten gerechter als bisher. Eine Qualifizierungsoffensive sorgt dafür, dass die nötigen Fachkräfte ausgebildet werden.

Wir schaffen eine Wärmewende für alle durch die Sanierung von Gebäuden und den Ersatz fossiler Heizungen und stärken die Rechte der Menschen gegenüber den Wärmeversorgern (→ Gebäudesanierung).

Wir stärken alle Formen nicht gewinnorientierter Energiegemeinschaften, die Energie vor Ort erzeugen, gemeinsam teilen, verbrauchen, speichern und/oder verkaufen. Die Energieunternehmen bekommen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen auferlegt. Die sichere, leistbare und nachhaltige Energieversorgung für alle bekommt rechtlich Vorrang vor der Gewinnorientierung. Damit gelingt eine Stärkung der Daseinsvorsorge im Energiebereich.

Maßnahmen

- 1. Ausbau der Stromnetze vorantreiben und gerecht finanzieren:** Unser Strom muss Ende 2030 zu 100 % aus erneuerbaren Quellen kommen. Dafür benötigen wir einen beschleunigten Ausbau erneuerbaren Stroms, dezentrale Lösungen, Speicher und widerstandsfähigere Stromnetze. Derzeit bezahlen die privaten Haushalte 40 % der Netzkosten, obwohl sie nur 25 % des Stroms beziehen. Auch Stromerzeuger und Energiehändler müssen sich an den Kosten der Energiewende beteiligen.
- 2. Wärme- und Kälteversorgung umfassend regulieren:** Was es für die Elektrizität an rechtlichen Rahmen gibt, fehlt fürs Heizen und Kühlen bislang. Ein umfassendes Wärme- und Kältewirtschaftsgesetz soll die Rechte der Kund:innen ausbauen, sie vor überhöhten Preisen schützen und eine moderne Regulierung für Wärmeversorger schaffen, sodass beispielsweise alle und nicht nur einige wenige Wärmelieferanten einer Preisregulierung unterliegen. Zusätzlich soll eine Wärmepreisbremse leistbare Wärme für energiearme Haushalte sichern.
- 3. Energiegemeinschaften rechtlich stärken:** Grüner Strom und Wärme, die vor Ort erzeugt, verbraucht, gespeichert oder verkauft werden: Solche dezentralen Lösungen beteiligen die Menschen an der Energiewende. Wir stärken sie im Energierecht, vereinfachen etwa die Gründung von Energiegemeinschaften, den Netzanschluss und administrative Hürden.

Nach dem Umbau ...

... steht unsere Energieversorgung auf neuen Beinen. Bei der Elektrizität haben Wasser, Wind und Photovoltaik die fossilen Träger Öl, Gas und Kohle vollständig ersetzt. Der erneuerbare Strom wird stärker als derzeit dezentral erzeugt und gespeichert, also vor Ort durch Haushalte, Unternehmen, Genossenschaften oder Energiegemeinschaften. Das macht die Versorgung sauberer, ausfallsicherer, effizienter und günstiger als zuvor.

Beim Heizen hat erneuerbare Wärme – wie Wärmepumpe oder Erdwärme – die Gasheizung ersetzt. Erdgas wird nur mehr dort eingesetzt, wo es keine Alternative gibt: etwa bei der Stahlerzeugung, in der chemischen Industrie oder in Notfällen, um Blackouts bei Strom oder Heizen zu verhindern. Nach und nach wird das fossile

Erdgas durch grüne Gase aus Biomasse oder erneuerbarem Wasserstoff ersetzt. Da aber auch die Erzeugung von Biogas sehr viel Flächen und Rohstoffe verbraucht, bleibt sein Einsatz aufs Notwendigste beschränkt. Wärme-Kund:innen sind vor überhöhten Preisen geschützt, die Anbieter sinnvoll reguliert. Auch finanziell benachteiligte Haushalte haben keine Angst vor der Heizrechnung.

Insgesamt verbrauchen wir dank effizienterer Erzeugung, Sparverpflichtungen für Unternehmen und Verbesserungen bei Gebäudesanierung und Verkehr deutlich weniger Energie als vor dem sozialen und ökologischen Umbau.



Bildung für eine klimagerechte Zukunft

Vor dem Umbau...

... haben Bildung und Ausbildung noch kaum auf die Klimakrise reagiert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften für den sozialen und ökologischen Umbau ist groß. Die Betriebe bilden jedoch kaum welche aus. Die Inhalte neuer Berufsbilder sind vielen unbekannt. Bei der Gestaltung des Umbaus haben junge Menschen keine Mitsprache. Auch die Wissenschaft kommt zu kurz: Weil Gelder vor allem von Privaten kommen, konzentrieren sich Forschung und Lehre mehr auf Unternehmenswünsche als auf das große Ganze des Umbaus.

Wie wir den Umbau schaffen

Politik und Verwaltung tun alles, um Menschen dabei zu unterstützen, Berufe zu ergreifen, die wir im sozialen und ökologischen Umbau benötigen. Das beginnt bei der Umgestaltung der Berufsorientierung. Beschäftigte erhalten konkrete Informationen und Vorschläge, wie sie sich beruflich in Richtung klimarelevanter Berufe entwickeln können. Behörden unterstützen sie aktiv dabei, informelle Kompetenzen anerkennen zu lassen. Dazu erhalten sie ein Recht auf Weiterbildung (→ Beschäftigung).

Wir brauchen ein Comeback der betrieblichen Weiterbildung. Die Regierung gewinnt Leitbetriebe dafür, bei der Aus- und Weiterbildung in klimarelevanten Berufen voranzugehen. Ergänzend werden in der Lehrausbildung dritte Lernorte neben Betrieb und Berufsschule gegründet, wo berufsübergreifend Klimakompetenzen vermittelt werden.

Die Grundlagenforschung für den Umbau erhält die nötigen öffentlichen Mittel. Klima-Inhalte werden in Schule, Forschung und Lehre verankert. Auch die Gebäude der (Hoch-)Schulen werden klimafit gemacht und modern ausgestattet.

Maßnahmen

- 1. Weiterbildungsfonds gründen:** Arbeitnehmer:innen, die sich für umbaurelevante Berufe weiterqualifizieren möchte, erhalten dafür 500 Euro pro Jahr. Das Geld kommt aus einem neuen Fonds, in den Unternehmen 0,2 % der Jahresbruttolohnsumme einzahlen (insgesamt rund 220 Mio. Euro).
- 2. Förderungen fokussieren:** Unterstützungen wie die Lehrstellenförderung werden nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt, sondern vor allem für klimafreundliche Berufsausbildungen. Alle Betriebe zahlen ein, klimafreundliche werden gefördert – eine sinnvolle Umverteilung zwischen den Unternehmen.
- 3. Frauen und Mädchen ansprechen:** „Green Jobs“ werden derzeit fast nur technisch verstanden und wecken vor allem das Interesse junger Männer. Beides erweitern wir, indem wir Frauen und Mädchen gezielt für alle Berufe des sozialen und ökologischen Umbaus ansprechen. Pädagog:innen erhalten Gender-, Diversitäts- und Anti-Vorurteils-Weiterbildungen.

Nach dem Umbau...

... ist das Bildungssystem – von der Schule bis zur Erwachsenenbildung – darauf ausgerichtet, die Talente aller Menschen für den sozialen und ökologischen Umbau zu entfalten. Außerdem ermächtigt es sie, an seiner Gestaltung aktiv teilzunehmen.

Schüler:innen kennen die Berufsbilder, die wir für den Umbau brauchen. Sie können jene Tätigkeiten erlernen, die sie sinnvoll finden. Das gilt auch für alle, die bereits berufstätig sind. Wer sich umorientieren möchte, kann

bereits vorhandene Kompetenzen – etwa durch Berufserfahrung – einfach für neue Abschlüsse anerkennen lassen.

Die Unternehmen nehmen ihre Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten wahr. Vorhandene Lehrberufe entwickeln sie im Sinne des sozialen und ökologischen Umbaus weiter. Auch Forschung und Lehre, inklusive Grundlagenforschung, richten sich nach diesem gesamtgesellschaftlichen Ziel aus.





Landwirtschaft: Kurswechsel für Arbeitsbedingungen, Klima und Tierschutz

Vor dem Umbau...

... ist die Landwirtschaft auf einem ungesunden Kurs. Emissionen, Boden- und Wasserverbrauch sind hoch. Die Arbeitsbedingungen sind unzureichend und werden kaum kontrolliert. Von den produzierten Agrarprodukten landen zu viele im Tank, Trog oder auf dem Müll statt auf unseren Tellern. So wird der größte Teil des in Österreich angebauten Getreides in der emissionslastigen Fleischproduktion verfüttert. Nur ein Fünftel wird zu menschlicher Nahrung verarbeitet.

Wie wir den Umbau schaffen

Boden ist ein kostbares und knappes Gut – und wir behandeln ihn endlich als solches. Anbauflächen nützen wir vorrangig für eine extensive, biodiversitätsfördernde, umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft. Biogas oder Agrotreibstoffe produzieren wir nur aus Reststoffen, nicht mehr aus Rohstoffen vom Acker und damit als Konkurrenz zu Nahrungsmitteln. Die Fleischproduktion verwendet ausschließlich regionale Futtermittel und wird insgesamt reduziert. Das verringert auch die Emissionen und die Flächen für Tierfutter. Die Agrarförderungen werden völlig neu ausgerichtet und stärken eine Landwirtschaft, die Klima, Tiere und Biodiversität schont.

Maßnahmen

- 1. Agrarförderungen neu ausrichten:** Gesundheits- und umweltschädliche Förderungen werden gestrichen. Subventionen sind an Umweltauflagen, Biodiversitäts- und Klimaziele gebunden. Dazu gehören auch tierfreundliche Stallsysteme, Obergrenzen für Weidetiere auf einer Fläche oder Futtermittel aus regionaler Produktion statt aus klimaschädlichem Import-Soja. Eine Umverteilung der Fördergelder von Groß- auf Kleinbetriebe sorgt für mehr Gerechtigkeit.
- 2. Arbeitsbedingungen verbessern:** Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe und deren Familienarbeitskräfte sinkt, die der unselbstständig Beschäftigten steigt. Die gemeinsame Agrarpolitik der EU muss darauf reagieren. Höhere Standards für Arbeitsbedingungen und Bezahlung müssen zur Voraussetzung für sämtliche Fördergelder werden.
- 3. EU-Mindeststandards für mehr Nachhaltigkeit:** Die EU hat ambitionierte Ziele für weniger Pestizide, Düngemittel und Antibiotika sowie für mehr Tierschutz und Bio-Landwirtschaft. Dazu brauchen wir eine wirkungsvolle EU-Gesetzgebung mit neuen bzw. höheren Mindeststandards, um die Biodiversität zu erhöhen, Naturflächen zu erneuern, Emissionsziele einzuhalten und die Flächen für Tierhaltung zu reduzieren. Längerfristiges Ziel sollte sein, dass auf zumindest 50 % der Flächen bis 2040 biologisch produziert wird.

Nach dem Umbau...

... produziert die Landwirtschaft ökologisch und sozial nachhaltig, ohne Überproduktion zu fördern oder die Böden zu belasten. Überdüngung, Bodenerosion und übermäßiger Pestizid-Einsatz gehören der Vergangenheit an. Die hergestellten Lebensmittel sind gesund und für alle leistbar. Wir essen entsprechend den

Gesundheitsempfehlungen weniger Fleisch als heute, eine pflanzenbasierte Mischkost ist zur Norm geworden. Die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sind gut und die Löhne fair. Auch kleinere und ökologisch produzierende Betriebe haben eine Zukunft.

Boden, Wasser und Biodiversität: Unsere Lebensgrundlagen schützen

Vor dem Umbau...

... schwinden unsere Lebensgrundlagen langsam, aber sicher dahin. Täglich werden mehr als 11 Hektar Boden versiegelt. Wichtige Funktionen wie die Speicherung von CO₂ und Wasser für Ernährung oder Artenvielfalt gehen verloren. Auch das Grundwasser wird knapp, während der Verbrauch steigt – etwa in der Landwirtschaft wegen Trockenheit. Das Artensterben, etwa von Insekten und Reptilien, schreitet rasant voran. Das gilt auch für den Verlust von Lebensräumen wie Mooren, Auen oder Flüssen.

Nach dem Umbau...

... hat die Verdichtung der Ortskerne vor dem Neubau im Grünen Vorrang. Dank systematischer Entsiegelungen sind unsere Städte und Gemeinden grüner und kühler als zuvor und besser vor Überschwemmungen geschützt. Es gibt ausreichend leistbare Wohnungen, ohne dafür neuen Boden zu verbrauchen.

Die Wasserversorgung in öffentlicher Hand garantiert einen günstigen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung für alle, auch in Dürrezeiten.

Wir haben Moore, Grünland und Flüsse geschützt bzw. wiederhergestellt. Die Böden speichern mehr CO₂ und

können Starkregen wieder besser aufnehmen. Landwirtschaft und Wälder sind vielfältiger als heute und können Schädlinge besser abwehren.

Wie wir den Umbau schaffen

Eine umfassende Bodenstrategie verteilt die Flächen gerechter als zuvor und senkt den Bodenverbrauch. Wir schränken Spekulation mit brachliegendem Bauland und leerstehenden Wohnungen ein. Stattdessen gibt es leistbares Wohnen, Erholungsraum und erneuerbare Energien für alle.

Wir sichern die öffentliche Wasserversorgung ab, die günstiger und hochwertiger ist als jene von privaten Anbietern und bessere Arbeitsbedingungen bietet. Eine Wasserstrategie regelt mögliche Verteilungskonflikte im Vorfeld und sichert die Trinkwasserversorgung gegenüber den Interessen der Landwirtschaft und Industrie ab.

Große Bauvorhaben, ob in Siedlungen oder im Energiebereich, planen wir so, dass sie nicht auf Kosten der Biodiversität gehen. Wir nehmen das Artensterben und den Verlust an Lebensräumen ernst und investieren die nötigen Mittel, um beides aufzuhalten.

Maßnahmen

1. Bodenstrategie für Entsiegelung und leistbares

Wohnen: Die Städte und Gemeinden erhalten klare Ziele für kleinräumige Entsiegelungen. Wertvolles Bauland schützen wir mit Befristungen, Preisobergrenzen und Vorkaufsrechten für Gemeinden vor Spekulation. Eine wirksame, bundesweite Leerstandsabgabe erhöht das Wohnangebot ohne Neubauten.

2. Öffentliche Wasserversorgung absichern: Wir verhindern Geschäftemacherei mit der Wasserversorgung, etwa durch Liberalisierungen. Der Bund investiert stärker in die Sanierung der Trinkwasser- und

Abwasserrohre und vermeidet damit Umweltschäden und Verluste. Eine nationale und europäische Wasserstrategie schützt vor Nutzungskonflikten.

3. Biodiversität umfassend schützen: Ein bundesweites Biodiversitätsgesetz schützt Artenvielfalt und Lebensräume besser, auch gegenüber Großprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien. Das Budget für Monitoring und konkrete Schutzmaßnahmen soll auf eine Milliarde Euro jährlich steigen. Alle Agrarförderungen werden an Auflagen zum Schutz von Umwelt und Biodiversität gebunden (→ Landwirtschaft).



Sozialstaat: Alle Menschen im Umbau absichern

Vor dem Umbau...

... sind unser Sozialstaat und Gesundheitssystem gut, aber nicht gut genug. Über 1,5 Mio. Menschen sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, weil Arbeitslosengeld und Sozialhilfe keine echte Existenzsicherung bieten. Die fortschreitende Klimakrise verstärkt Krankheiten wie Hitzeerschöpfung, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Allergien oder Asthma. Sie begünstigt auch neue Erreger wie das West-Nil-Fieber. Pflegebedürftige leiden besonders unter der Hitze und sind zusätzlich aufgrund des Pflegenotstands medizinisch unterversorgt.

Nach dem Umbau...

... können die Menschen in Österreich sorgenfrei leben. Die öffentliche Hand stellt allen Menschen eine öffentliche Grundversorgung durch Sachleistungen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Gesundheit, Wohnen und öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung.

Wer den Arbeitsplatz verliert und Unterstützung benötigt, ist existenziell abgesichert und bekommt neue

Chancen. Wir werden nicht oft krank – und wenn es doch geschieht, werden wir gut, schnell und überall wohnortnahe behandelt.

Wie wir den Umbau schaffen

In Krisen und Umbrüchen bietet der Sozialstaat Sicherheit. Er verhindert, dass Menschen, die ohnehin benachteiligt sind, unter die Räder kommen. Der Sozialstaat wird so ausgebaut, dass er die Einzelnen bei Bedarf gegen die Folgen der Klimakrise und des nötigen Umbaus absichert. Das betrifft beispielsweise Menschen, die wegen der Hitze weniger arbeiten können oder wegen der wirtschaftlichen Veränderungen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Das Gesundheitssystem setzt stärker als bisher auf Prävention und Gesundheitsförderung. Bessere Personalschlüssel sorgen für gute Arbeitsbedingungen, ermöglicht durch eine Ausbildungsoffensive wie auch durch die einfachere Anerkennung von im Ausland erworbenen Kompetenzen.

Maßnahmen

1. Menschen wirklich absichern: Der soziale und ökologische Umbau bringt große Veränderungen mit sich. Um alle Betroffenen vor Armut zu schützen, wird das Arbeitslosengeld auf 70 % des letzten Einkommens erhöht, der Ausgleichszulagenrichtsatz für kleine Pensionen zumindest auf die Armutsschwelle von 1.400 Euro. Auch die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung muss grundlegend reformiert werden.

2. Neue Rechtsansprüche schaffen: Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, Gesundheit, Wohnen und öffentliche Verkehrsmittel gehören zur Grundversorgung, die ein gutes Leben möglich macht. Bund, Länder und Gemeinden erhalten einen Versorgungsauftrag, die betroffenen Menschen individuelle Rechtsansprüche.

3. Gesundheitssystem klimakrisenfit machen: Wir bauen Prävention und Gesundheitsförderung aus, vor allem für Menschen, die durch Hitzewellen und anderen Klimafolgen besonders gefährdet sind. Eine bessere Vorratshaltung stellt sicher, dass nötige Medikamente und medizinische Hilfsmittel auch bei Engpässen zur Verfügung stehen. Für Krisen und Notfälle werden Prioritätsvorgaben erarbeitet. Bessere Löhne, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen machen das Pflege- und Gesundheitswesen attraktiv für Arbeitskräfte und stellen sicher, dass die erforderlichen Leistungen abgesichert sind.

EU und Weltwirtschaft: Globale Lösungen für ein globales Problem

Vor dem Umbau...

... ist die globale Wirtschaftsordnung ungerecht und klimaschädlich. Produkte werden quer über den Globus geschickt, etwa weil die Ausbeutung von Menschen und Natur anderswo höhere Profite erlaubt. Wie viele Emissionen der Transport verursacht, spielt keine Rolle. Auch der notwendige Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Produkte droht auf Kosten anderer zu geschehen. Der aggressive Zugriff auf Ressourcen des Globalen Südens heizt die Klimakrise weiter an.

Wie wir den Umbau schaffen

Österreich und die EU treiben die gerechte und klimafreundliche Neuordnung der Weltwirtschaft voran. Sie verpflichten EU-Konzerne zu sauberen Lieferketten und kündigen alle Verträge mit Konzernklagerechten, die Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz bedrohen. Sie unterbinden die globale Geschäftemacherei mit Wasser, Pflege, Gesundheit und anderen Lebensgrundlagen. Die EU entwickelt den Green Deal zu einem Social Green Deal weiter. Sie setzt auf Steuergerechtigkeit und sorgt dafür, dass der Binnenmarkt nicht länger Umwelt- und Sozialstandards senkt, sondern anhebt. Eine Demokratisierung der EU macht all das durchsetzbar. EU-Parlament und Sozialpartner müssen in der gesamten Wirtschaftspolitik mitentscheiden können. Dafür muss sich auch Österreich endlich einsetzen.

Maßnahmen

- 1. Green Deal weiterentwickeln:** Der Green Deal der EU wird zum Social Green Deal. Dieser bekämpft prekäre Arbeit und steigende Ungleichheit. Er sorgt für Steuergerechtigkeit und Beschäftigungsprogramme, stärkt die Sozialsysteme und den Bildungsbereich. Diese sozialen Fortschritte heben die Akzeptanz der EU-Bevölkerung für die nötigen Klimaschutz-Maßnahmen.
- 2. Handelspolitik für Klimaschutz einsetzen:** EU-Handelsabkommen setzen nicht länger auf immer mehr Handel und Emissionen, sondern reduzieren beides auf gerechte Weise. Die EU und ihre Partner unterstützen einander beim Ausstieg aus fossilen Energien und klimaschädlichen Produkten und Dienstleistungen. Sonderklagerechte, mit denen Konzerne Schutzstandards untergraben können, werden abgeschafft. Abkommen alten Stils werden koordiniert beendet, etwa der Energiecharta-Vertrag, oder gar nicht erst beschlossen, wie das EU-Mercosur-Abkommen.
- 3. EU-Transformationsfonds schaffen:** Die nötigen öffentlichen Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau sind groß. Ein EU-Transformationsfonds soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen. Das Geld stammt aus gemeinschaftlichen Schulden und wird an ökologische und soziale Kriterien gebunden.

Nach dem Umbau ...

... setzen sich Österreich und die EU für eine neue Wirtschaftsordnung ein. Internationale Abkommen dienen nicht mehr Profitinteressen, sondern den Bedürfnissen der Menschen und dem Schutz des Planeten. Die EU hat ihre Wirtschafts- und Handelspolitik neu ausgerichtet und demokratisiert. Sie konzentriert

sich auf nachhaltige regionale Wirtschaftskreisläufe, um gute Arbeitsplätze zu sichern, soziale Rechte und Versorgungssicherheit zu stärken sowie Emissionen zu senken. Sie unterstützt ihre globalen Partner dabei, aus fossilen Energien auszusteigen.



Lust auf mehr?

Grundlage dieser Broschüre ist der soziale und ökologische Umbauplan der Arbeiterkammer Wien, der im Juni 2024 erstmals veröffentlicht wurde. Er ist das Ergebnis einer breit angelegten Diskussion zwischen Arbeiterkammern, Gewerkschaften und gewählten Vertreter:innen der Beschäftigten. 40 Expert:innen haben daran mitgeschrieben, 300 Diskussionsbeiträge sind eingeflossen.



Langfassung
der Broschüre im
e-Medien Portal
der AK



Broschüre im
e-Medien Portal
der AK

GERECHTIGKEIT #FÜRDICH

Die Arbeiterkammer steht für soziale Gerechtigkeit.
Wir setzen uns seit mehr als 100 Jahren für die Rechte
der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

Damals. Heute. Für immer.



